

Widerstand als utopisches Feld

An jedem Ort dieser Gesellschaft wirken die verschiedenen Muster der Fremdbestimmung, seien es Hierarchien, Normen, Diskurse, ökonomische Zwänge oder Erwartungshaltungen. Nicht nur Staat und Konzerne, sondern alle Menschen können als Ausführende und MitträgerInnen solcher Beherrschungen wirken – und tun es auch regelmäßig. Gleiches gilt für Organisationen und alle Kräfte in gesellschaftlichen Subräumen. Schon von daher besteht eine unmittelbare Verbindung zwischen politischer Bewegung und den herrschenden Verhältnissen, denn jede Gruppe, Partei oder Organisation, auch Netzwerke und einzelne Projekte sind ein gesellschaftlicher Subraum, in und an dem die „Norm“alität wirkt.

Genau deshalb aber kann jeder Teil politischer Bewegung nicht nur Forderungen stellen und für Verbesserungen eintreten, sondern auch selbst zur Kampfzone um Befreiung und Selbstentfaltung werden. Hierarchien, Wertlogiken und Diskurse strahlen überall hinein, sind also auch dort zu finden, wo wir uns versammeln, um politisch aktiv zu sein. Immerhin sind diese Orte nicht, so wie viele andere in dieser Gesellschaft voller Hierarchien, Funktionsebenen und gesteuerten Diskurse, unserem Einfluss fast vollständig entzogen, sondern werden von uns mitgeprägt. Eine Priorität, hier anzufangen, erwächst daraus nicht – aber warum sollte mensch die Möglichkeiten auslassen, die besonders naheliegend sind? Dazu gehört die politische Bewegung selbst. Die Zusammenhänge, von denen Impulse zur Veränderung von Gesellschaft, deren Subräumen und Diskursen ausgehen sollen, können einer der Veränderungspunkte sein. Sonst wäre er nur Veränderungen einfordernd, selbst aber ein Spiegelbild der Normalität – und damit, weil „Norm“alität nur existiert, wenn sie sich als Mischung von Deutungen und Verhaltensweisen durch viele Punkte der Gesellschaft zieht, selbst ein Teil der Ursache.

Normalsein im Zeitalter globaler Umbrüche

Können Sie sich noch (gesetzt dem Fall, Sie sind alt genug) an die Zeit scheinbarer Alternativlosigkeit erinnern? Als der Sieg des Marktkapitalismus über den als Sozialismus oder gar Kommunismus verklärten Staatsmonopolkapitalismus zum von der britischen Premierministerin Thatcher ausgerufenen TINA-Syndrom („there is no alternative“) führte? Alles war der totalen Verwertungslogik, der „Anbetung“ von Markt und Profit unterworfen. Dann kam ab 1994 in Chiapas (Mexiko) der Aufstand der Zapatista, später (1999) in den Straßen von Seattle der Überraschungserfolg gegen die WTO, mit dem sich die Erstarrung spät, aber immerhin sogar in den Industrienationen löste. Inzwischen hat sich der Wille zur Veränderung allerdings wieder gelegt oder wurde kanalisiert in freundliche Normalität ausstrahlenden NGOs. Dabei wäre aller Anlass zu einer kämpferischen Stimmung gegeben. Der Kapitalismus wirkt krisengeschüttelt, zumindest verlor er seine blinde Gefolgschaft in Parlamenten und Medien. Selbst die so mächtig erscheinenden Banken gerieten ins Schlingern. Doch was geschah? Fast alle weinten, zeternten und verbreiteten Hiobsbotschaften, als die ersten Geldhäuser „bank“rott gingen – statt zu feiern. Ob linke Parteien oder die AkteurInnen der selbsternannten Zivilgesellschaft: Fast alle wollten die Rettung der Banken – wenn auch auf unterschiedliche Art.

Wer fordert heute noch andere Mobilitätssysteme und freut sich über eine siechende Automobilindustrie? Stattdessen kam die Umweltprämie, eine als Ökohit verschleierte Subventionsmaßnahme für die Autobauer. Umweltverbände schreiben Ranglisten über weniger krasse Umweltverpester und rufen die Presse zu spendengierenden Kooperationsprojekten mit Autokonzernen.

Die Menschen sind aufgesogen in neue, Protest verwaltende Organisationen. MontagsdemonstrantInnen gingen in der Partei Die Linke auf, Proteste gegen Atomkraft und Stuttgart 21 werden von starken Magneten wie grüner Partei und modernen Bewegungsagenturen angezogen. Das Spiel, Unzufriedenheit in Spenden, Mitgliedschaften und WählerInnenstimmen umzuwandeln, beherrschen die modernen Führungsapparate perfekt. Sie treten, legitimiert durch nichts, sondern einfach Kraft ihrer privilegierten Kontakt zu Medien und MultiplikatorInnen wie selbstverständlich als Sprachrohre der Massen auf. Wie leicht sich solche Vereinnahmungen dann wiederum selbst vereinnahmen lassen, zeigte brillant die Schlichtung durch Heiner Geißler im S21-Konflikt. Geißler war CDU- und Attac-Mitglied, eine sicher praktische Kombination beim Ziel der Harmonisierung des Konfliktes. Seine „Schlichtung“ bot viel Anschauung, um kritisch über die Binnenstrukturen und Strategien politischer Bewegungen nachzudenken. Denn warum sollen emanzipatorische Ideen ausgerechnet bei den internen Strukturen Halt machen, obwohl die Umsetzungsmöglichkeiten dort besonders gut und nötig wären? Gilt die Parole „Eine andere Welt ist möglich“ nur für die Anderen?

Emanzipatorische Organisierung und Strategie

Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse bestehen in unterschiedlichen Formen. Politische Bewegung entsteht aus Protest gegen diese oder ihre konkreten Erscheinungsformen und Folgen – seien es Nazis, Castortransporte oder der Entzug von Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Etwas zu kritisieren, führt aber nicht automatisch dazu, selbst andere Erscheinungsformen zu wählen, also in innerer Organisierung und Aktionsmethoden selbst den geforderten und nötigen Wandel zu vollziehen. Das wäre eine große Aufgabe, denn jede politische Bewegung ist selbst von herrschaftsförmigen Mustern durchzogen. Ein emanzipatorischer Wandel der Binnenverhältnisse bedeutet mindestens den Abbau der Hierarchien, den gleichen Zugang zu allen Ressourcen und den Verzicht auf Stellvertretung, Vereinnahmung und Bildung kollektiver Identitäten. Positiv ausgedrückt heißt das die Schaffung einer Bewegungswelt, in der viele Welten Platz haben, die aktive Stärkung von Handlungsfähigkeit der Einzelnen und ihrer Zusammenschlüsse, die Öffnung aller Ressourcen für alle und vieles mehr. Es werden Fragen zu stellen sein, die bislang in politischer Bewegung sehr fremd sind, obwohl sie angesichts der Forderungen nahe liegen würden: Wie steht es um Zeit- und Reichtumsunterschiede zwischen den Beteiligten? Wie wirken gesellschaftliche Diskurse auch im Inneren? Wo verfügen Apparate und FunktionärInnen über Privilegien und besseren Zugang zu den Ressourcen einer Organisation? Wo herrschen darüber hinaus formale Hierarchien?

Emanzipatorische Bewegungen und Projekte

Es gab und gibt Menschen, die sich organisieren, um gemeinsam weitreichende emanzipatorische Ziele umzusetzen, ohne darauf zu warten, dass alle mitmachen oder die Revolution (scheinbar) der Utopie zum Durchbruch verhilft. Solche Gruppen teilen Ziele wie den Abbau von Herrschaft und Verwertungsdruck. Sie wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen wirklich konkret selbstbestimmt handeln können, ohne durch persönliche oder sachliche Herrschaft eingeschränkt zu sein. Dieser Anspruch besteht in der Regel auch für die Binnenverhältnisse in den Gruppen und Vernetzungen. Paslak (1990) hat sich die Dynamik selbstorganisierter Bewegungen angesehen und für positive Fälle folgende typische Entwicklungen beschrieben:

- Die Kraft informeller bzw. selbstorganisierter Prozesse geht über die Dynamik einzelner Gruppen hinaus und führt zum Aufbau eines komplexen Netzwerkes von Initiativgruppen;
- Die selbstorganisierten Strukturen werden nicht von „objektiven“ Außeneinwirkungen geformt, sondern entstehen aus jeweils inneren eigenen Entscheidungen über die Bewertung von Situationen und Problemen;
- Die interne Handlungskoordination ist stets labil und flexibel änderbar. Die Fortsetzung der Struktur ist an die gemeinsame Bindung und Weiterentwicklung gemeinsamer Vorstellungen und Ziele gebunden.

Löst sich die Aktivität der „Gruppe“ von diesen Zielen, wird sie zum Selbstzweck. Dies ist die akuteste und häufigste Gefahr, der Gruppen und Bewegungen unterliegen. Das kommt leider – aber auch nachvollziehbarerweise – bei vielen Projekten vor, sobald sie sich „etabliert“ und „etwas zu verlieren“ haben. Auch die „sozialen Erfindungen“ können sich mit einer „Spielwiese“ innerhalb der gesellschaftlichen Bedingungen zufriedengeben – Zukunftswerkstätten verloren z.B. den politisch-alternativen Anspruch ihres „Erfinders“, Robert Jungk, weitestgehend.

Kippt die innere Dynamik in Richtung auf den bloßen Selbsterhalt als Selbstzweck um, dann ist die Integration in die herrschende Verwertungs- und Geldmaschinerie nur noch ein kleiner Schritt. Schnell gewinnt die Notwendigkeit, den kapitalistischen Geldzyklen einige Tropfen für den Selbsterhalt abzurufen, die Oberhand. Sobald Einzelne oder Teile der Bewegung sich so wichtig finden, dass sie vor allem um ihre eigene Existenz kämpfen, entwickeln sich auch untereinander neue Verhältnisse. Es geht dann nicht mehr darum, die anderen Beteiligten als autonome Subjekte zu betrachten, sondern sie werden zur Konkurrenz oder höchstens noch instrumentalisiert, um dem vorgeblich „Ganzen“ zu dienen. Die Verfolgung individueller Interessen, die einst Motor der Bewegung waren, wird für den Gelderwerb und Machterhalt eingespannt – die Bewegung wird zersetzt, integriert, bürokratisiert.

Dem Umkippen der Dynamik kann mit klarem Kopf und Bewusstsein der Gefahr begegnet werden. Es gibt niemals unhintergehbare Notwendigkeiten, auch Gruppen unterliegen nicht der Determination durch die Bedingungen: Es handelt sich immer um Entscheidungen. Und Entscheidungen lassen sich so oder anders fällen. Im Ernstfall muss ggf. sogar die Existenz der Gruppe oder z.B. ihr wirtschaftlicher Erfolg in Frage gestellt und aufgegeben werden, wenn die Weiterexistenz den realen Interessen der Beteiligten zuwiderläuft. Ein Beispiel: In der „Sozialistischen Selbsthilfe Mühlheim“ (SSM) entwickelte sich aus der

Jugendarbeit ein recht erfolgreicher „alternativer Betrieb“, der Entrümpelungen usw. durchführte. „Arbeit“ wurde definiert als „alle Tätigkeiten, deren Ausführung die Gemeinschaft für wichtig hält“ (Baumaßnahme am eigenen Haus, Abfassen eines Briefes, Flugblattes, eine politische Aktion, Essen kochen für die Gemeinschaft usw.). Dann entstand ein „richtiger“ Baubetrieb – mit Anforderung an „möglichst hohe Leistung in möglichst kurzer Zeit ausgedrückt durch möglichst viel Geld“. Es zeigte sich, dass das nur funktioniert, wenn die eigentlichen Ziele, nämlich die realen Bedürfnisse der Menschen (z.B. nach stressfreier Arbeit!) aufgegeben werden und der Betrieb normal-kapitalistisch durchgezogen wird. Die SSM verzichtete auf den möglichen wirtschaftlichen „Erfolg“ und ließ lieber ein „Scheitern“ dieser Möglichkeit zu, als den Interessen der Menschen zuwider zu handeln (Kippe 1998, 9f).

Wichtige Kriterien für das Binnenverhältnis emanzipatorischer Bewegungen sind also:

- Bindung an individuell vertretene Ziele, keine Verselbständigung von sich institutionalisierenden Teilen der Bewegung als Selbstzweck,
- Verhinderung der Instrumentalisierung von Menschen für Zwecke anderer, Schaffung von Strukturen für Aufbau und Aufrechterhaltung intersubjektiver Beziehungen.

Dazu gehört der offene Umgang mit Dissens. Das Streben nach Konsens und Harmonie kann dazu führen, dass inhaltliche Positionen unterdrückt werden, die sich diesen „Bauchgefühlen“ nicht unterordnen. So entstand auf den Jugend-Umwelt-Kongressen (Jukß) bis zum Jahreswechsel 1999/2000 eine Situation, in der die geforderte Unterwerfung unter „Konsens & Harmonie“ zu einer Entpolitisierung führte. Die Position „Kein Streit, wir lieben uns doch alle...“ führte zur „Machtergreifung von Kreisen, die politisch nichts oder wenig wollen, die aber Umweltbewegung als Familienersatz und Nestwärme wollen“ (Bergstedt, 2000b). Demgegenüber fordert Bergstedt (2000c): „Mein Ziel ist, Verhältnisse zu schaffen, die Gleichberechtigung schaffen, bei denen die Menschen aber auch authentisch sein können und nicht in dieser beklemmenden Atmosphäre des ‘Ich darf niemandem zu nahe treten’ agieren. Das ist zu erreichen u.a. durch:

- Dezentralisierung weg vom Plenum
- offene, sich ständig verändernde Strukturen
- Platz für Streit und kreative Prozesse
- Autonomie für Menschen und Gruppen
- Klärung in den Diskussionsrunden, auf was ALLE achten (nicht die Verantwortung einer Moderation abschieben) – somit Einleitung eines Lernprozesses aller“.



In der französischen Résistance bezeichnete der Maquis (der „Busch“) jene Gegend, die nicht von Nazis oder Kollaborateuren beherrscht wurde. Auch in der Star Trek-Serie „Voyager“ gibt es mit dem Maquis eine Zone des Widerstands.

Spehr (1999) kennzeichnet die gegen die Herrschaft kämpfenden und sich deren Handlungslogik entziehenden Gruppen als „Maquis“. Mit ihren oben genannten Eigenschaften, dem Verwerfen von Führung und Avantgardeanspruch sowie dem Durchsetzen von Emanzipation und freier Kooperation auch in den eigenen Reihen, stellen sie eine völlig neue Qualität dar, was den Beteiligten oft gar nicht so deutlich bewusst ist.

Praktisch ergeben sich aus den Erfahrungen bisheriger alternativer Bewegungen weitergehende Aufgaben (Bergstedt, Hartje, Schmidt 1999):

- Schaffung unabhängiger Strukturen (neue Aktionsstrukturen – politische Gegenstrukturen aufbauen),

- Aufrechterhaltung der selbstbestimmten Aktionsfähigkeit (Flexibilität, Effizienz, Vernetzung, Kooperation),
- klare Ziele innerhalb umfassender Konzepte,
- Schaffen von Kristallisationspunkten.

Da die in Bewegungen Aktiven so unterschiedlich sind wie Menschen überall anders auch, haben sie auch unterschiedliche Fähigkeiten. Das Maß des Engagements wird verschieden groß sein. Es ist oft so, dass einige Menschen eine Art „Krafffeld“ um sich herum entwickeln. Sie rücken aufgrund ihres Wissens, ihrer Organisationsfähigkeit oder ihres menschlichen Verhaltens ins Zentrum des Geschehens, auch wenn sie dies vielleicht vermeiden wollen. Manchmal ist es jedoch für die anderen einfach bequemer, die „ExpertInnen“ machen zu lassen. Eine informelle Elite entsteht.

Eliten stellen „an sich“ kein Problem dar. Es ist ja gerade das Ziel der neuen Gesellschaft, dass sich jedeR Einzelne maximal entfaltet, dass – wenn man so will – alle an irgendeiner Stelle zur Elite gehören. Doch wenn alle dazu gehören, ist die Elite im bürgerlichen Sinne schon keine mehr. Eliten kommen aus den Gesellschaften, in denen die Entfaltungsmöglichkeiten nur für Wenige und nur auf Kosten Anderer vorhanden sind. Das ist auch das größte Problem für emanzipatorische Bewegungen. Sobald Einzelne ihren Wissensvorsprung und die entwickelten Fähigkeiten dazu verwenden, eigene partielle Interessen auf Kosten anderer durchzusetzen, kippt die individuelle Genialität in Elitarismus um. Informelle Eliten bilden sich leicht in Gruppen heraus, in denen der Selbsterhalt der Gruppe zum Selbstzweck geworden ist. Beide Aspekte bedingen einander, denn sie sind Resultat der schrittweisen Integration der Gruppe in die subjektlosen Selbsterhaltungsstrukturen der Wertmaschine. Auch das ist wiederum kein persönlicher Mangel der Aktiven, sondern nachvollziehbares Resultat der Tatsache, dass die Menschen – auch die Aktiven in Bewegungen – zuerst ihre individuelle Reproduktion absichern müssen. Verschränken sich individuelle Reproduktion und Selbsterhalt der Gruppe, so etwa bei bezahlten Angestellten in der Bewegung, dann liegen die Interessenkonflikte nahe.

Emanzipatorische Bewegungen und Projekte in einer „zivilen“ Gesellschaft

Herrschaft ist heutzutage kaum noch offensichtlich, sondern versteckt sich in den scheinbar normalen und natürlichen alltäglichen Lebenszwängen. Diese Wirkungsweise führt dazu, dass es in den kapitalistischen Kernländern auch in Krisensituationen, bei ansteigender Erwerbslosigkeit und sogar Verelendung selten zu spontanen Aktionen oder Befreiungsschlägen kommt. Spehr kennzeichnet die Mehrheit der „normalen Leute“ als „Zivilisten“, die „einfach vor sich hin (machen), ohne zu überblicken, was vor sich geht“ (Spehr 1999, 167). Sie haben auch „kein Problem damit, dass die Entscheidung von anderen getroffen werden“ (ebd., 168). Wer kennt diese Leute nicht, hat sich nicht schon oft über sie geärgert oder gehört selbst (zumindest zeitweise) dazu. Das Problem für emanzipatorische Bewegungen sind aber neben den Machtzentren auch jene, die diese Macht nicht hinterfragen, sondern akzeptieren, keine Fragen stellen und die herrschenden Verhältnisse rechtfertigen: „Sie tun einem gar nicht so viel; sie lassen einen nur an der Welt und ihrer Zukunft zweifeln“ (Spehr 1999, 171).

Politische Bewegungen werden ob des geringen Protestpotentials leicht überheblich und meinen, für die anderen denken und entscheiden zu können. Sie werden zu Stellvertretern, die nach Gutdünken ihre eigenen partialen Interessen im vorgeblichen „Interesse der Mehrheit“ durchsetzen. Aber „es gehört zu den Grausamkeiten im Maquis, dass sein Fortschritt sich daran festmacht, ob er in der Lage ist, Zivilisten abzuwerben“ (Spehr 1999, 265).

Doch was heißt „abwerben“? Es gibt keinen anderen Grund sich „abwerben“ zu lassen, als die individuelle Vorstellung von einem besseren Leben. Warum sonst sollte sonst jemand in den Maquis, den „Busch“, gehen, als aufgrund der Vorstellung, dass dort bessere Möglichkeiten der eigenen Entfaltung warten und die Risiken nicht so groß sind wie das Elend des kümmerlichen Lebens in der „zivilen“ Gesellschaft. Keiner will missioniert werden, es existiert keine objektive Richtigkeit irgendeiner Vision. Es gibt keine Garantie, sondern nur die Möglichkeit eines besseren Lebens im „Maquis“. Der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, massenhaft Leute in den „Maquis“ abzuwerben und der realen geringen Ausstrahlung des „Maquis“ besteht (noch). Das müssen wir aushalten. Es fehlt jede Berechtigung, nur Andere für ihr Handeln zu geißeln – auch nicht die „Zivilisten“. Sich abwerben lassen für neue Ideen, funktioniert nur auf der Basis eigener Entscheidungen, und das muss jede/r selbst tun. Wer nicht will, will nicht, hat seine Gründe dafür und ist in Ruhe zu lassen. Will ich, dass meine Gründe für mein Handeln akzeptiert werden, so muss ich die Begründetheit anderen Handelns auch akzeptieren – ich muss die Gründe ja nicht teilen und kann sie kritisieren. Das ist interventionistische Politik. Aber die Autonomie des Handelns gilt nicht nur im Binnenverhältnis, sondern auch gegenüber den „Zivilisten“.

Die „Maquis“ können in der Welt der „Zivilisten“ nur schwer überzeugend wirksam werden. Vermittelnd wirken punktuelle soziale Bewegungen, in denen sich Aliens, Zivilisten und Maquis vermischen – Spehr verwendet dafür das Bild eines Erlenmeyerkolbens, ein Reagenzglas mit einem schmalen Hals und einem breiten Fuß, das man zum Mischen herumschwenken kann. In und mit diesen Bewegungen sind die gesellschaftlichen Eingriffsmöglichkeiten größer als im Rahmen der bürgerlichen Demokratieformen. Sie setzen Neues in die Welt, sind aber aus der Sicht des „Maquis“ begrenzt: „Eine Friedensbewegung ist zunächst eine Bewegung für Frieden, nicht für Emanzipation“ (Spehr 1999, 247).

Das Bild der Unterscheidung zwischen „Maquis“ und Erlenmeyerkolben kann bei der Orientierung nützlich sein. Wenn sich der „Maquis“ isoliert, hat er keine Chance – wenn im Erlenmeyerkolben zu wenige „Marquis“ sind, verlieren sie ihre potentielle Dynamik. Konsequenter Widerstand und soziale/ökologische Bewegungen werden sich immer in einem Spannungsverhältnis bewegen – aber bewegen müssen sie sich! Zur Orientierung, welche konkreten Konzepte und Aktivitäten diese Bewegung in die Richtung führen, die wir brauchen, können die oben genannten Kriterien dienen: Kein Zurück in die Wertvergesellschaftung, kein Streben unser Projekte nach ökonomischem Erfolg innerhalb des Systems sowie Verhinderung instrumenteller Beziehungen untereinander und gegenüber anderen Menschen. Für eine „Politik der Autonomie“ (Spehr 1999, 261)!



Maquis bezeichnet ursprünglich den undurchdringlichen Buschwald in den Mittelmeerländern. Da sich im Maquis traditionell Banditen und Gesetzlose versteckt haben, wird der Begriff häufig als Synonym für Untergrundbewegung verwendet.

Widerstand ... ohne sich an Machtkämpfen zu beteiligen

Christoph Spehrs symbolträchtiges Bild des Aliens als Handlungsmuster in uns, das uns immer wieder zur Akzeptanz und zur Reproduktion der „Norm“alität bringt, schuf ein Symbol für die Mischung aus Hierarchie, Diskurs und sozialer Zurichtung, die alle Menschen durchschüttelt und den Willen zur Veränderung immer wieder erlahmen lässt. Spehr selbst ist dem von ihm beschriebenen Code längst verfallen und macht heute Karriere bei der Partei Die Linke – umso entschlossener, je mehr diese an emanzipatorischem Inhalt verliert und an Macht gewinnt. Viele aus den ehemals herrschaftskritischen Kreisen, die wichtige Bücher zur Kritik der Nachhaltigkeit und moderner Herrschaftsregime verfasst haben, gehen mit ihm die Stufen der Etablierung hinauf.

Dieses personalisierte Einzelbeispiel ist charakteristisch für politische Bewegung. Außer einem wenig zusammenhängenden Haufen meist jüngerer Menschen, die ihr Dagegen-Sein als Gruppenidentität aufbauen, aber statt selbstorganisierter Gegenkultur ihren Protest als (meist kurze) Lebensphase zwar verständlicher Angewidertheit vom System, aber nur widerstand simulierender Gleichgültigkeit ausleben. Es agieren nur wenige, verspenkelte und oft von sonstigen politischen Bewegungen isolierte Grüppchen, die sich an den Spielen um Macht und Beteiligung an Ressourcen nicht beteiligen. Überall anders herrscht kapitalistischer Geist. Mit immer perfideren PR-Gags werden Proteststimmungen erzeugt und dann in nutzbare Ressourcen (Spenden, Mitglieder, WählerInnenstimmen) gewandelt. Wer glaubt, in den Apparaten von NGOs und Bewegungsagenturen würden idealistische Ziele verfolgt, täuscht sich. Da sitzen vor allem VerbandsegoistInnen und BetriebswirtschaftlerInnen, die Aktionen und Inhalte nach ihrer Wirkung auf die benannten Ressourcen auswählen. Das Personal ist längst austauschbar geworden, denn Marketingstrategien können an Universitäten oder im Selbststudium erworben werden. Die wenigen verbliebenen IdealistInnen können die NGOs dann gut verkraften oder zu Imagegründen in die Kameras halten.

Protestlabel sind wie Coca-Cola-Schriftzüge: Sie sollen innere Werte, Vertrauenswürdigkeit und mitunter weitere Qualitäten vermitteln. Wie bei anderen Marken auch kommt es nur auf den Ruf, nicht auf die dahinterstehenden Realitäten an. Das ist Marketing wie in anderen Firmen auch. Von den – fast überall nur noch hauptamtlichen – MitarbeiterInnen werden Effizienz und gewinnorientiertes Arbeiten verlangt. Der politische Erfolg gerät in den Hintergrund oder dient als Mittel zu neuen Akquise von Spenden und Zuschüssen bzw. als Förderung des eigenen Markennamens. Nicht anders steht es um die Binnenstrukturen. Die müssen kapitalistische Effizienz hervorbringen. Experimentieren für eine bessere Welt ist woanders.

Alternativen aufbauen, ohne im Bestehenden hängen zu bleiben

Wenn NGOs und Bewegungsagenturen Proteste initiieren, anheizen oder nutzen, um die dort entstandene Energie in für ihren Selbsterhalt nützliche Ressourcen zu wandeln, so werden sie selbst zu einem integralen Bestandteil der Totalität von Verwertungslogik. Ihr Marktsegment ist der Protest, auf den sie die kapitalistischen Logiken vollziehen. Zuge-spitzt könnte mensch sagen: Sie gehören zu den Gewinnern der Krisen und Zerstörungen,

denn der Protest gegen Kriege, Gentechnik, Globalisierung, Atomkraft oder Stuttgart 21 wandelt sich in ihren Händen zu einem profitablen Geschäft. Wie in Konzernen auch wird das zum Selbstläufer, typisch kapitalistisch sogar zu einem, der ständig wachsen muss. Denn die sich vergrößernden Geschäftsstellen schreien nach hohen Geldeinnahmen, damit Löhne und Ausstattung weiter finanziert werden können. Die Werbebetats steigen, wie in anderen Teilen der großen Verwertungsmaschine auch.

Die Basisgruppen und Mitglieder der Organisationen, so noch welche vorhanden sind (moderne Bewegungsagenturen verzichten auf eine „Basis“ und setzen nur auf hauptamtlich geführtes Management), bekommen von all dem wenig mit. Ihnen gegenüber werden Kampagnen inhaltlich begründet – so wie es den einzufangenden Mitgliedern und SpenderInnen auch präsentiert wird.

Manch ältere NGOs haben ihr Management nicht modernisiert, sondern verharren in den üblichen Organisationsmustern der 80er und 90er Jahre. Hier waren staatliche Fördergelder eine wesentliche Basis des finanziellen Überlebens und Lobbyarbeit der zentrale Punkt politischer Einflussnahme. Für beides erschien nützlich, zumindest in den Spitzenpositionen eine hohe personale Durchdringung mit Parteien und Ämtern, mitunter auch mit der Wirtschaft zu haben. Dieses setzte sich bis in die Basisgruppen großer Verbände fort. Doch wer finanziell abhängig und personell verstrickt ist, wird Protest nur wohllosiert abgeben können – eben als klassischer Akteur in einer herrschaftsförmig organisierten Gesellschaft. Gewerkschaften sind hier typische Beispiele, wobei die hier beschriebenen Blicke für die mittel-, vielleicht auch für die nordeuropäische Protestkultur prägend sind. Je nach Geschichte von Protest und den gesellschaftlichen Bedingungen sind im weltweiten Vergleich erhebliche Unterschiede zu verzeichnen – gerade auch abhängig davon, wie die Staatsmacht mit Protest umgeht, spricht: abwehrt, zerschlägt oder aufsaugt.

Emanzipatorischer Protest muss sich immun machen dagegen, assimiliert oder selbst zu einem Abbild herrschender Verhältnisse verändert zu werden.

Aus Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): „Multitude“, Campus Verlag in Frankfurt (S. 383)

Zu Beginn des dritten Abschnitts dieses Kapitels haben wir gesehen, dass Souveränität einer Wechselbeziehung zwischen zwei Parteien bedarf, nämlich zwischen den Herrschenden und den Beherrschten, und dass diese Aufteilung innerhalb der Souveränität ein ständiges Krisenpotenzial in sich birgt. Zur Trennung kommt es dort, wo die Multitude als Subjekt in Erscheinung tritt und verkündet: »Eine andere Welt ist möglich«, indem sie aus der Beziehung zum Souverän flieht und es sich selbst zur Aufgabe macht, diese Welt zu schaffen.

Beitrag von Stefan Meretz auf Opentheory „Alles für alle“

Aber wie bei allen Projekten besteht das Problem der Ankopplung an die Wertsphäre: Ob beim Wiki, beim Umsonstladen, bei Freier Software – irgendwie muss das gelöst werden. Wichtig finde ich, darauf zu achten, dass (a) die Schnittstelle möglichst klein ist – also nicht x Baustellen bestehen, die geldmäßig abgesichert sein müssen; (b) möglichst wenig permanenter Geldfluss erforderlich ist – etwa regelmäßige Mietzahlungen; (c) es möglichst keine Abhängigkeiten von Geldfluss und Projekthalt gibt – etwa bestimmte Themen, die vorhanden sein müssen, um eine Förderung zu bekommen etc. In diesem Sinne ist Freie Software (um das mir vertraute Beispiel zu nehmen) günstig: Ich muss „nur“ je mich über Wasser halten und in großen Abständen je mein Produktionsmittel auf meinem Schreibtisch.



Eine umfangreiche Methoden- und Ideensammlung bieten der Reader „HierarchNIE!“ und www.hierarchie.de.vu.

Praktisch bedeutet das vieles. Unter anderem ...

- Hierarchien müssen verschwinden, gleichberechtigte Entscheidungs- und Kommunikationsmethoden ausprobiert werden.
- Ressourcen umzuverteilen, darf nicht eine Forderung an die große Politik sein, sondern ist intern ebenfalls umzusetzen. Bewegung darf nicht länger in privilegierte MacherInnen und MitläuferInnen aufgeteilt bleiben. Wer mehr machen und wer eher – möglicherweise ja auch nur bei einem bestimmten Projekt – mitlaufen will, entscheiden die Menschen selbst. Es darf nicht durch die Verteilung der Handlungsressourcen wie Geld, Infrastruktur, Wissen, Kontakte, Adress- und Presseverteiler gesteuert sein.
- Verzicht auf Labels in der Außendarstellung. Das hat gleich mehrere emanzipatorische Effekte: Die Menschen werden nicht mehr, überwiegend ja ungefragt, als Masse unter dem Einheitsbanner begriffen. Die inhaltliche Botschaft gerät mehr in den Vordergrund und die Apparate der labeltragenden Organisationen oder Parteien verlieren mehrere Möglichkeiten, eine Aktion umzuwidmen zur Jagd nach Mitgliedern, SpenderInnen oder WählerInnen.



Infos und Tipps zu alternativen Quellen für Lebensmittel, Klamotten, Häuser, Mobilität usw. geben der Reader „Selbstorganisation“ und www.alltagsalternative.de.vu.

- Befreiung aus den Zwängen des Alltags, unter anderem der ständigen Angst vor fehlenden materiellen Ressourcen. Dazu kann der Ausgleich von Reichtumsunterschieden oder die Stärkung der Unabhängigkeit gehören.

Muss der Weg dem Ziel entsprechen oder heiligt der Zweck die Mittel?

Dazu laufen mitunter bizarre Debatten. Besonders innig geführt wird sie an der Gewaltfrage, die hier als Beispiel dienen soll. Heißsporne beider Lager erklären ihren Disput zum Knackpunkt von Bündnisfähigkeiten. Damit bieten sie Medien und politische Eliten eine einfache Möglichkeit der Spaltung. Doch warum Gewaltfreiheit oder Militanz so viel wichtiger sein sollen als andere Fragen der Organisation, erklären beide „Seiten“ nicht. Wenn „Gewaltfreie“ handgreiflich gegen Militante werden oder mit bezahlten GewalttäterInnen wie der Polizei kooperieren, stellen sich ebenso einige Fragen wie bei der Beobachtung von militanten Aktionen, die eher aus schlechter Vorbereitung und Ohnmacht entspringen denn aus strategischer Befürwortung solcher Konzepte. Sehr schnell widerlegt sich der Verweis auf die Parole „Der Zweck heiligt keine Mittel“, weil selbst bei der Verbreitung der Parole umweltzerstörend hergestellte Geräte, käufliche Software oder Atomstrom genutzt werden. Offenbar sind die Mittel doch eher eine Sache der Abwägung und damit einer typisch menschlichen Fähigkeit, der Dogmen widersprechen. Mitunter werden Persönlichkeiten zitiert, z.B. Mahatma Gandhi. Doch das der absolute Gewaltfreiheit gepredigt haben soll, ist frei erfunden.

Ein kritischer Blick auf die sich bildenden Lager bei solchen Auseinandersetzungen zeigt aber noch etwas Anderes: Das heiß umkämpfte Thema ist vorgeschoben. Dahinter lagern schwere Kämpfe um Vormachtstellungen in politischer Bewegung. Mit ihrem Gerede von „Gewaltfreiheit“ schaffen es BasisdemokratInnen (manche halten sich – trotz Unvereinbarkeit – gleichzeitig sogar für AnarchistInnen), tief in bürgerliche, sogar christliche Kreise einzudringen. Dort lagern gesellschaftliche Einflussmittel und volle Konten.

Das alles kehrt bei anderen Themen wider. Dogmen sind immer ein Mittel der Machtausübung, denn sie sollen dem einzelnen Menschen seine Selbstbestimmung rauben. Es ist wie das kapitalistische „Tu was Du willst, aber sei profitabel“, nur dass hier andere Handlungsimperative benannt werden.



Texte zur Gewaltdebatte unter
www.projektwerkstatt.de/debatte/gewalt.html.

Zudem gibt es eine Broschüre zum Thema unter

www.aktionsversand.de.vu.

Typisch menschlich wäre die Abwägung in jedem Einzelfall – schon allein, weil keine Situation vorhersagbar ist. Wer Mittel auswählt oder ausschließt, ohne zu wissen, wie die Lage sein wird, beschränkt sich selbst. Die Abwägung aber ist etwas Wichtiges: Was ist angemessen? Welches Mittel erreicht welche Wirkung? Was wird dadurch im Detail und was im Allgemeinen gefördert? Darf ein Erfolg im Kleinen mit einer Verschlechterung im Großen, z. B. der Bejahung oder Verschärfung von Herrschaftsverhältnissen einhergehen?

Diese und andere Aspekte müssen debattiert werden. Aus emanzipatorischer Sicht wird immer wieder bedeutend sein, ob politisches Handeln Befreiung bringt oder Herrschaftsverhältnisse legitimiert bis stärkt. Taktische Überlegungen kommen hinzu, ob sich Projekte und Vorschläge aufsaugen lassen vom darin geübten demokratischen Rechtsstaat, der Kritik erst ignoriert, dann bekämpft und, wenn das immer noch nicht reicht, integriert.

Und was heißt das praktisch?

(1) Rausgehen aus Verwertungsstrukturen: Wenn wir erkennen, dass die subjektlose Verwertungsmaschine des Kapitalismus unsere Lebensbedingungen zerstört, können wir nicht die politische Arbeit gegen den Kapitalismus auf seinen Verwertungsstrukturen aufbauen. Am Beispiel: Zunächst sollte der Verkauf politischer Bücher die politische Arbeit finanzieren, dann sollte der Verkauf politischer Bücher den Verlag finanzieren und schließlich wurden die Krimis entdeckt, die viel mehr Geld brachten als die politischen Bücher. Nun muss jedes Buch selbst seine Kosten „erwirtschaften“, denn auch die (Selbst-) Angestellten wollten „bezahlt“ sein, und die politischen Bücher starben aus. – Andere Beispiele sind Abhängigkeit von Spenden oder gar staatlichen Subventionen, um „den Laden am Laufen“ zu halten. Natürlich kostet politische Arbeit auch Geld, und Geld zu nehmen ist nichts Verwerfliches. Doch der Rubikon wird überschritten, wenn die eigene, individuelle Existenz von der Existenz der Gruppe abhängig wird, was bedeutet, den Erhalt der Gruppe im eigenen partialen Überlebensinteresse als Selbstzweck zu betreiben. Politische Gruppen müssen ohne existenziellen Schaden ihrer Mitglieder untergehen können, und Mitglieder müssen Gruppen verlassen können, ohne dass ihre Existenz in Frage steht. Das geht nur in autonomen Strukturen, die nicht nach Verwertungsprinzipien funktionieren.

(2) Individuelle Selbstentfaltung als Grundlage der Bewegung: Das Dominantwerden von partiellen Individualinteressen auf Kosten anderer und das Entstehen informeller Eliten können weder durch bürokratische Verfahren wie Wahlen noch moralische Appelle („Du sollst nicht instrumentalisieren“) verhindert werden. Die einzige funktionierende Grundlage ist die Selbstentfaltung der beteiligten Individuen, die Durchsetzung ihrer allgemeinen Interessen. Das schließt ein, allen die Chance, den Raum und die Möglichkeit zur Selbstentfaltung zu lassen, denn wer weiß schon von vornherein, wie das geht! Das Möglichkeiten-las-



„Zwölf Thesen über Anti-Macht“ von John Holloway auf www.buko.info/buko25/holloway.html

sen ist jedoch nicht die Verantwortung bestimmter Personen – etwa, der „Schlaueren“. Gerade eine solche Verantwortungshaltung Weniger festigt die personalisierten Strukturen, die sie zu bekämpfen meint: Es gibt niemanden, der das Recht hat, anderen Möglichkeiten zu lassen – genauso wie niemand das Recht hat, Möglichkeiten zu nehmen. Das eine schließt das andere logisch mit ein! Es ist die Sache aller und jedes Einzelnen, Strukturen zu schaffen, in denen das Lassen und Nehmen von Möglichkeiten keine Frage mehr ist! Dort, wo sich Menschen unbeschränkt entfalten, ist für Eliten kein Platz mehr.

(3) Kritik und Reflexion der Bedingungen, nicht der Personen: Wir schreiben immer wieder gegen die Moralisierung in emanzipatorischen Bewegungen an. Wie aber sollen sich Subjektbeziehungen durchsetzen, wenn es keine moralischen Leitlinien gibt, an die sich die Menschen halten können? Subjektbeziehungen setzen sich nur dann durch, wenn ich es will. Will ich die Selbstentfaltung, dann geht das nur in intersubjektiven kooperativen Beziehungen. Was aber ist, wenn diese theoretische Erkenntnis sich praktisch nicht durchsetzt? Dann gibt es keine andere Chance, als die Gründe für das Unterlaufen anzusprechen, und die strukturellen Ursachen, die das Unterlaufen nahelegen, aufzudecken. Das geht nur in offener Kritik und Reflexion des eigenen Tuns. Jedes Zurückhalten und Unterlassen von Kritik um der Harmonie willen ist kontraproduktiv – jede Unterdrückung erst Recht. Eine unterbliebene Kritik ist eine vertane Chance – für mich und alle. Problematisch ist jedoch personalisierende Kritik. Es geht niemals um Schuld, sondern immer um die Gründe für mein Handeln. Es gibt kein unbegründetes Verhalten, sei es auch noch so daneben. Es gibt immer nur das Noch-nicht-Kennen der Gründe für das Handeln des Anderen. Über das Kennenlernen der Gründe können wir die individuellen Prämissen für das Handeln verstehen, die auf die Bedingungen verweisen. Diese Bedingungen sind Gegenstand der Analyse. Ihre Rolle als strukturelle Handlungsvoraussetzung ist aufzudecken. Gerade die Offenheit und Kritikfähigkeit entlastet mich von der Notwendigkeit, die anderen auch zu mögen. Wenn Gruppen nur noch über Sympathien funktionieren und sich verschiedene sympathiegetragene Klüngel bilden, ist etwas faul.

(4) Kooperation und Entscheidungen: Die Beteiligung an oder Gründung von Gruppen auf der Grundlage der individuellen Interessen ist die eine Sache. Eine andere ist es, Entscheidungen für das gemeinsame Handeln zu finden. Nicht immer liegt auf der Hand, ob diese oder jene Entscheidung im allgemeinen oder nur partiellen Interesse liegt. Dennoch muss entschieden werden, will die Gruppe nicht zur einer „Gruppe auf dem Papier“ mutieren. Spehr schlägt ein „collective leadership“ vor: „Es reicht nicht, dass alle ihre Interessen formulieren und in ihrer Unterschiedlichkeit einbringen; irgend jemand muss den jeweils nächsten Schritt formulieren, der daraus folgt, und in einer freien Kooperation sollte diese Fähigkeit soweit wie möglich kollektiviert sein“ (Spehr 1999, 302). Es ist aber fraglich, ob dadurch nicht zuviel Subjektstatus in die Gruppe kommt und die Einzelnen zu austauschbaren Teilen degradiert. Daher ist immer wichtig, erst zu prüfen, ob überhaupt Entscheidungen für Aktive getroffen werden müssen. Kollektivierte Entscheidungsformen, wenn bzw. wo sie denn unerlässlich sind, kann es viele geben. Wichtig ist, dass sie der Lage angemessen und leicht veränderbar sind: Delegationen mit Mandat, Rotationen in Entscheidungspositionen, zeitliche Befristungen für bestimmte Aufgaben etc. Wichtiges Merkmal ist hierbei, dass nicht immer alle alles entscheiden, das wäre viel zu ineffektiv, sondern das es ein transparentes Verfahren für Entscheidungen gibt.

Wir sind nicht frei, aber wir können wählen zwischen Möglichkeiten – und sie schaffen!

Wer politisch aktiv ist, also etwas verändern bzw. als negativ empfundene Veränderungen verhindern will, kann immer zwischen verschiedenen Strategien wählen. Denkbar ist zudem, neue Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

- Ebenso kann gewählt werden zwischen erstens dem Versuch, die eigenen Strukturen hierarchiefrei zu halten und allen Beteiligten gleichen Zugriff auf die gemeinsamen Ressourcen zu geben, oder zweitens – z.B. in der Hoffnung, dann mehr Schlagkraft zu haben – der Reproduktion üblicher gesellschaftlicher Organisationsformen mit Leitungsgremien, Disziplinierung und Normierung.
- Gleiches gilt für Geschlechterrollen, Alterspyramiden und vieles mehr: Mensch kann sie hinnehmen und dadurch reproduzieren – oder zu überwinden versuchen.
- Vereinnahmung und Stellvertretung sind Formen der Beherrschung, die in fast allen politischen Gruppen eine große Rolle spielen. Erforderlich ist das nicht. Jede Gruppe und jedeR AkteurIn kann für sich entscheiden, etwas Anderes zu wollen oder das Normale zu tun.
- Mit dem Verzicht auf Einheit innerhalb politischer Bewegung kann diese zum Experimentierfeld werden. Labels und zentrale Gremien verlören an Bedeutung zugunsten besserer Handlungsmöglichkeiten der Vielen. Dann kann aus der bislang gepriesenen Einheitlichkeit und Geschlossenheit, die aber vor allem Steuer- und Berechenbarkeit bedeutet, eine Protestwelt entstehen, in der viele Welten Platz haben.
- Unversöhnlich gegenüber stehen sich die Pole der optimalen Nutzung bestehender Machtverhältnisse für die eigenen Zwecke und die Überwindung dieser, weil sie als Ursache der Probleme empfunden werden. Viele politische Strömungen entzweien sich an diesem Gegensatz. Wer jedoch eine klare, selbstbestimmte Position und Handlungsfähigkeit hat, kann sich auch auf Verhandlungen mit den InhaberInnen formaler Macht einlassen – ohne allerdings die eigene Fähigkeit zum Protest aufzugeben. Wer abhängig ist vom guten Willen der Mächtigen, kann nur noch appellieren. Das ist zu wenig.

Aus emanzipatorischer Sicht kommt es immer auf die Qualität, also die Inhalte und die Strategie an, nicht so sehr auf den Schein oder eine formale Regelung. Letztere wären nur so emanzipatorisch, wie sie mit Leben gefüllt würden. Ob ein Führungsgremium Vorstand oder Koordinierungskreis heißt, ob kleine oder große Schritte gemacht oder gefordert werden, ist nicht so entscheidend. Es zählt, was tatsächlich passiert oder an Herrschaftsverhältnissen besteht. Große, emanzipatorische Schritte sind schön, können aber eher ganz scheitern oder sogar unversucht bleiben, weil der revolutionäre Pathos bereits das Gruppenleben ganz ausfüllt und der Drang zur tatsächlichen Veränderung hinter den Parolen von Umsturz versandet. Kleine, emanzipatorische Schritte können ebenso im Alltagsgeschehen untergehen, wenn die Wirkung irgendwann gar nicht mehr spürbar ist oder das ständige Denken im System so abstupft, dass die Frage nach dem emanzipatorischen Fortschritt irgendwann im Alltagstrott des politischen Klein-Kleins hinten runterfällt.

Die Abschaffung von Vorständen ist gut, aber wenn das nur in intransparente Hintergrund-Machtzirkel mündet, hilft es wenig oder gar nichts. So bietet politische Bewegung in jeder

Sekunde und an jedem Ort selbst die Möglichkeit zur Veränderung. Viele Möglichkeiten sind schon „erfunden“, aber für eine horizontale Bewegungskultur wird es auch darauf ankommen, weitere soziale Innovation voranzubringen.

Kein Appell, sondern direkte Aktion

Gesellschaftliche Einzel-Misstände, die meist im Fokus von Protest liegen, hängen mit dahinterstehenden Hierarchien, Privilegien, Diskriminierungen oder anderen, grundlegenden Herrschaftsverhältnissen zusammen. Diese bilden tiefere Ursachen. Es wäre daher fatal, ausgerechnet die als RetterInnen anzurufen, die solche Misstände hervorgerufen oder willentlich Rahmenbedingungen geschaffen haben, die zu ihnen führten. Daher kann appellativer Protest an die Mächtigen nie emanzipatorisch sein, weil er die Macht legitimiert, wenn sie auch anders ausgeführt werden soll. Ebenso kann ein Personenwechsel an der Macht nicht Ziel emanzipatorischer Aktion sein, da hierdurch Herrschaftsverhältnisse nicht abgebaut, sondern sogar zusätzlich legitimiert werden.

Das bedeutet nicht, auf klare Worte an Konzernleitungen, Aufsichtsbehörden oder Regierungen zu verzichten, aber sie sind nicht das primäre Ziel. Dieses liegt in der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, die das ermöglichen oder fördern, was kritisiert wird. KeinE AktivistIn muss traurig sein, wenn die willigen VollstreckerInnen in Herrschaftspositionen politische Forderungen umsetzen, z.B. weil der öffentliche Druck zu groß wurde. Aber dadurch entsteht kein verlässlicher Wandel. Jeder Personenwechsel oder schon der Wandel in den Interessen derselben Personen können einmal Erreichtes wieder in Frage stellen.

Der Appell an die Mächtigen legitimiert diese. Eine Akzeptanz oder gar Freude, wenn sie auf Protest nachgeben, darf gerne Teil von Widerstandskultur sein – prägend sollten allerdings das Ringen um grundlegendere Veränderungen und der Wille sein, die Verhältnisse ohne Stärkung höherer Mächte zu verändern.

Weniger entscheidend ist die Frage, ob wir uns an kleine Veränderungen oder große Entwürfe machen. Oft werden die Wörter Reform und Revolution gewählt, um diesen Unterschied zu verdeutlichen, doch beschreibt dieses Begriffspaar keinen emanzipatorischen Konflikt. Denn eine schlaue Reform wäre auch ein Schritt zur Überwindung der Verhältnisse, während eine autoritäre Revolution rückwärtsgewandt sein kann oder nur den Wechsel der MachtinhaberInnen, nicht aber einen Systemwechsel oder nur einen Wechsel zu einer anderen Form der Beherrschung anstrebt. Die Forderung nach revolutionärer Umwerfung kann Reformen auslösen. Viele Reformen können zusammen einer Revolution gleichkommen – und sollten das. Entscheidend ist, ob etwas befreiend wirkt oder Herrschaftsverhältnisse legitimiert bzw. modernisiert.



Berichte und Beispiele wie Kommunikationsguerilla, kreatives Straßentheater, Besetzen und Blockieren, kreatives Demonstrieren, Sabotage und Militanz auf www.direct-action.de.vu.

Viele Ideen konkreter, direkter Aktion sind schon entwickelt und ausprobiert worden. Unübersehbar viele weitere würden in politischer Bewegung, die ihre eigenen Normen, Hierarchien und Abhängigkeiten abschüttelt, erst noch erdacht werden. Eine Übersicht über die Vielfalt der Möglichkeiten lässt sich an den vielen Beispielen plus praktischen Handlungstipps auf den Direct-Action-Seiten im Internet und dem Direct-Action-Reader erschließen.

Aus einem Interview mit Jan Rehmann, in: Junge Welt, 3.1.2008 (faulheit&arbeit, S. 1 f.) *Die erste Falle ist eine abstrakte Ideologiekritik, die die ideologischen Felder wie Religion, Moral, Recht frontal von außen angreift, statt in sie einzugreifen. Dadurch verliert sie den Kontakt zur Bevölkerung und isoliert sich. Die zweite Falle besteht darin, dass man seine Forderungen in den herrschenden Diskursen ausdrückt und sich dabei an die hegemonialen Ideologien anpaßt. Das ist dann die Schleimspur, auf der man ausrutscht. Um diese Fallen zu vermeiden, braucht man eine kritische Ideologietheorie, die in der Lage ist, das Ensemble der ideologischen Normen und Werte so zu analysieren, dass man die Bruchstellen findet, an denen man effektiv intervenieren kann. Man kann eine solche Intervention als »interruptiven Diskurs« bezeichnen.*

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 238)

Im Rahmen einer integralen, d. h. alle gesellschaftlichen Teilbereiche einbeziehenden mehrdimensionalen Transformationsstrategie ist auch auf vielfältige Widerstands- und Protestformen nicht zu verzichten. Hier sind die von Anarchisten und revolutionären Syndikalisten propagierten »direkten Aktionen« wie Betriebsbesetzungen bei Konkurs, Hausbesetzungen und andere Maßnahmen sowie Aktionen zur Bloßstellung von Autoritäten heute durchaus von systematischer Bedeutung. Auf der Basis solcher nicht-frontalen und mehrdimensionalen Strategien der Gesellschaftsveränderung lassen sich die anarchistischen Entwürfe einer herrschaftsfreien Gesellschaft auf die heutigen hochkomplexen Industriegesellschaften beziehen. Die Vermittlung von utopischen Gesellschaftsentwürfen und der gesellschaftlichen Realität ist möglich, auch wenn der Gedanke eines alles verändernden revolutionären Umsturzes aufgegeben wird.

Aktion und Utopie

Ein besonderes Ansinnen ist, direkte Aktionen so zu organisieren, dass sie nicht nur für Änderungen im kritisierten Detail werben, sondern für weitergehende Veränderungen in der Gesellschaft. Oder die Debatte um Utopien anzetteln. Das gelingt dann leichter, wenn tragende Pfeiler herrschaftsförmiger Gesellschaft angegriffen werden: Eigentum, Strafe, Kategorien der Ausschließung, Privilegien oder die alles durchziehenden Mechanismen, also Gesetze, Diskurse usw. als Gesamtes.

★★★ ★★
 Aktionsideen für
 Utopien unter [www.
 projektwerkstatt.de/
 hoppetosse/dan/
 utopien.html](http://www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/utopien.html)

Dezentral, vernetzt – von unten organisiert

Echte Netzwerke haben Knotenpunkte, aber keine Zentralen. Die Kunst ist, trotzdem Kommunikationsflüsse und Kooperationsanbahnung zu gewährleisten, so dass ohne die Rolle der Hierarchien schaffenden Apparate ein Miteinander immer möglich ist – in der Aktion, bei der effizienten Nutzung von Ressourcen, beim Austausch von Wissen und Erfahrungen sowie für gegenseitige Hilfe. Das ist keine leichte Aufgabe angesichts der starren Hierarchien und dem Konkurrenzkampf um Spendengelder, öffentliche Aufmerksamkeit, Adress- und Presseverteiler, Zugang zu den Tischen der Reichen und Mächtigen usw. Politische Bewegung muss auf den Kopf gestellt werden. Es gilt nicht mehr als primäres Interesse, starke zentrale Geschäftsstellen zu sichern und das eigene Label einheitlich zu vermarkten, sondern eine bunte, gut vernetzte Vielfalt handlungsfähiger Teile des Ganzen aufzubauen – von Basisgruppen bis zu selbstorganisierten überregionalen Projekten und Aktionen.

Aus dem Flugblatt „Einige Notizen zu aufständischem Anarchismus“

Autonome Aktion: die Selbstverwaltung des Kampfes bedeutet dass die, die kämpfen autonom sind in ihren Entscheidungen und Aktionen; dies ist das Gegenteil einer Organisation der Synthese, die immer versucht, die Kontrolle des Kampfes zu übernehmen. Kämpfe die synthetisiert sind, durch eine einzelne kontrollierende Organisation, sind einfach integrierbar in die Machtstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft. Selbstverwaltete Kämpfe sind in ihrer Natur unkontrollierbar, wenn sie über das soziale Terrain verbreitet werden. ... Deshalb sind kleine, leicht reproduzierbare Aktionen, die einfache Mittel erfordern, welche allen zugänglich sind, durch ihre Einfachheit und Spontaneität unkontrollierbar. Diese machen sogar die meist vorangeschrittensten technologischen Entwicklungen der Aufstandsbekämpfung zum Gespött.

Den Alltag zur Aktionsfläche machen!

Politischer Widerstand ist oft auf große Events orientiert. Das zehrt an Kräften, denn diese sind aufwendig und müssen komplett inszeniert werden. Zudem sind sie anfällig für Vereinnahmung und hierarchische Strukturen. Der Alltag bietet andere Ansatzpunkte: Er ist immer da, mensch muss nicht aufwendig zu ihm hinkommen. In ihm spiegelt sich die Totalität von Herrschaft. Die Menschen verfügen über ein Know-How des Umgangs mit ihm und können Veränderungen daher unmittelbar ausprobieren, die Wirkungen prüfen und eigene Strategien weiterentwickeln. Die Menschen sind von ihrem eigenen Handeln selbst betroffen. Das ist wichtig. Politische Strategien schaffen heute immer wieder Orte, die gefahrlos betreten werden können, weil sie mit dem eigenen Leben wenig bis nichts zu tun haben. Wer den Alltag zum Kampffeld macht, wird Widersprüche und den



Aktionsbesteck für den widerständigen Alltag:
www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/werkzeug.html

entstehenden Druck direkt spüren. Das kann verunsichern, zeigt aber, dass es hier um tatsächliche Veränderungen geht, nicht nur um symbolische oder gar nicht verbale Politikformen.

Wer im Alltag agiert, läuft Gefahr, nur für sich zu handeln und sich in einer Nische zu isolieren. Kooperation ist daher besonders interessant, denn sie schafft konkrete Kommunikation, ist stark durch die Menschen selbst steuerbar und kann anonyme Kooperationen zurückdrängen. Die eigene Handlungsmacht nimmt zu – im günstigen, nämlich erfolgreichen Fall auch die Handlungsmöglichkeiten durch bessere materielle Absicherung, Infrastruktur und mehr Zeit.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 107)
Dies ist gleichbedeutend mit der Frage »Wer soll das alles durchsetzen?«, die sich gewöhnlich an Ausführungen über politische Utopie anschließt. So kompliziert und vielschichtig Herrschaft ist, so vielschichtig und vielgliedrig sind auch die Prozesse der Befreiung. Wir können uns heute kein historisch privilegiertes Subjekt mehr vorstellen, das die Veränderung der Verhältnisse bewirkt – keine nach Funktion, Ideologie oder Identität ausgewiesene Klasse, Gruppe, Organisation. Wir können uns heute auch keinen privilegierten Ort und keine privilegierte Form dieser Auseinandersetzung vorstellen. Und wir können uns nicht mehr vorstellen, dass dieser Prozess von formalen politischen Organisationen dominiert wird. Es geht um ein ganzes Bündel von Prozessen, einen komplexen Prozess, in dem Organisationen und soziale Bewegungen, Alltagsabsprachen und kulturelle Bewegungen, soziales Experimentieren, kulturelles Imaginieren und politische Kämpfe eine Rolle spielen und einander nicht untergeordnet werden können.

Wer schafft den Wandel?

Es werden neue Kreise sein, die diese Verkrustung durchbrechen können – aber nicht mit reinem Aktionismus, sondern in einem kreativen, ständig weiter entwickelten Arbeitsstil, in dem Vielfalt, Offenheit, direkte Aktion und Kommunikation gelten – Bewegung von unten. Nur sie ist eine Alternative zum Bestehenden. Nur sie kann sich so entwickeln, dass ihre Ideen und Aktionen zu einer Gefahr für die herrschenden Verhältnisse werden. Der Blick über den Tellerrand in andere Länder zeigt, dass die politische Organisation in Deutschland eher zurückliegt. Nirgendwo sonst setzen so viele politische AkteurInnen auf die Heilungskräfte des Marktes oder das Gute in den Regierungen – und entwickeln ihre Vorschläge entsprechend vor allem marktgängig oder als Appell an die jeweils Regierenden. Ebenso gibt es nur in wenigen Ländern unter denen, die Politik wenigstens als Aktionsform gegen Herrschaft und Kapitalismus begreifen, eine so klare Dominanz derer, die an alten Strukturen festhalten, Praxisfeindlichkeit zeigen und auf Neuerungen derart ablehnend reagieren.

Selbstverständlich ist nichts gut, bloß weil es neu ist. Aber Neues ist es immer wert, offen diskutiert und ausprobiert zu werden. Politische Bewegung braucht mehr Mut, mehr Ideenreichtum, mehr Experimente, mehr Risikofreude, mehr direkte Aktion und selbstbestimmte Kommunikationsformen.

Die Diskussion hat erst begonnen. Die Umsetzung beginnt gleichzeitig. Die Praxis ist nicht nur Teil der Veränderung, sondern auch eine Grundlage der Diskussion um Strategien und Positionen. Kein gesellschaftlicher Wandel entsteht nur aus Aktionismus oder nur aus der Debatte um Theorien. Die Verknüpfung wird eine Kunst sein. Die spannendsten Politikformen entstehen dort, wo inhaltlich-strategische Debatten geführt werden und eine politische Praxis der direkten Aktion und Öffentlichkeitsarbeit gefunden wird. Wer dann loslegt, macht Fehler. Eine aufmerksame Reflektion wandelt diese in strategischen Fortschritt und Ansporn, es besser hinzukriegen. Immer weiter. Fragend voran.

Das war's.

**Das Ende des Lesens ist (spätestens) der Anfang des eigenen Denkens –
und Handelns.**